



Berlin, den 16.01.2026

## **Gegen Gewalt und Repression - Solidarität mit allen Menschen in Iran und in den kurdischen Regionen**

### *Gemeinsame Erklärung des Parlamentskreises Kurdisches Leben in Deutschland*

Wir verurteilen das brutale Vorgehen des iranischen Regimes gegen die eigene Bevölkerung und solidarisieren uns mit den Millionen Menschen in Iran und in den kurdischen Regionen, die landesweit für Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und ein Leben in Würde auf die Straße gehen.

Die Machthaber reagieren erneut mit systematischer Verfolgung, willkürlichen Inhaftierungen, Folter und tödlicher Gewalt. Die gezielte Abschaltung von Internet und Telekommunikation dient der Vertuschung schwerster Menschenrechtsverbrechen und zeigt: Dieses Mullah-Regime hat seine politische Legitimation endgültig verloren. Die staatliche Repression richtet sich gegen alle Andersdenkenden – Menschen werden gezielt getötet, selbst Krankenhäuser werden Fokus von Gewalttaten.

Ein demokratischer Iran kann nur entstehen, wenn Freiheit, Sicherheit und Gleichberechtigung für alle Menschen gewährleistet sind. Jede politische Lösung muss daher die Rechte aller gesellschaftlichen Gruppen einschließen und darf niemanden ausgrenzen.

Wir fordern ein sofortiges Ende der Gewalt, die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen sowie die Wiederherstellung von Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit. Die islamische Revolutionsgarde (IRGC) muss auf EU-Ebene als Terrororganisation eingestuft werden. Deutschland und die EU müssen die Arbeit der Vereinten Nationen zur unabhängigen Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen aktiv unterstützen und eine weitere Verschärfung der Sanktionen gegen das iranische Regime prüfen.

Der Parlamentskreis Kurdisches Leben in Deutschland ist ein interfraktioneller Zusammenschluss von Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Er setzt sich dafür ein, kurdisches Leben in Deutschland sichtbar zu machen und die Anliegen von Menschen mit kurdischem Hintergrund politisch zu vertreten.

### Unterzeichnerinnen und Unterzeichner

Christoph de Vries (CDU/CSU), Kassem Taher Saleh (Bündnis 90/Die Grünen), Serdar Yüksel (SPD), Gökay Akbulut und Cansu Özdemir (Die Linke)